

AvW-Krimi: Urteil bestätigt unerlaubte Bankgeschäfte

Die AvW Invest hat jahrelang Wertpapiere gehandelt, ohne über die erforderliche Bankkonzession zu verfügen. Das bestätigt ein aktuelles Urteil des Verwaltungsgerichtshofs.

Die Anlegeraffäre um die Kärntner AvW-Gruppe von Wolfgang Auer-Welsbach bekommt neuen Zunder.

Vor wenigen Tagen hat der Verwaltungsgerichtshof (Aktenzahl 2007/17/0208) einen Strafbescheid der Finanzmarktaufsicht (FMA) sowie einen Bescheid des Unabhängigen Verwaltungssenats Wien bestätigt, dass die AvW Invest AG von Mai 2004 bis Ende Dezember 2005 „gewerblich ohne die erforderliche Konzession (nach dem Bankwesengesetz) im eigenen Namen und auf eigene Rechnung Handel mit Wertpapieren betrieben hat“.

AvW Invest habe „nicht in Beteiligungsabsicht Aktien gekauft und verkauft, sondern um Kursschwankungen zu nützen und Erträge zu erzielen“, heißt es im Urteil. Im Mittelpunkt stehen Deals mit Aktien der Wiener Städtischen, RHI, Böhler, Triangle, Allianz und MünchnerRück.

Im November 2005 hatte das Verwaltungsstrafverfahren seinen Ausgang genommen und wurde anscheinend lax vorangetrieben. Ein Jahr später erhielt AvW-Chef Auer-Welsbach von der FMA erneut eine Aufforderung zur Rechtfertigung. „Die Transaktionen



Der **Verwaltungsgerichtshof** bestätigt die Rechtsexperten: **Auer-Welsbach** betrieb Wertpapiergeschäfte ohne verpflichtende Bankkonzession

seien für das Privatvermögen, kein Handel, sondern ein Beteiligungsgeschäft und somit kein konzessionspflichtiges Geschäft“, zitiert Gutachter Fritz Kleiner aus der AvW-Rechtfertigung. „In Ermangelung der zwischenzeitlichen Untersagung der Transaktionsart sei AvW davon ausgegangen, dass das Handeln der AvW Invest rechtmäßig ist.“

Erst im Mai 2007 hat die FMA die AvW Invest per Verfahrensordnung aufge-

fordert, „den Handel mit Wertpapieren für das Eigenvermögen ab dem 26. Juni 2007 zu unterlassen, bis eine rechtskräftige Entscheidung vorliegt“. Zugleich wurde der AvW Invest aufgetragen, „monatlich entsprechende Nachweise für die Einhaltung der Anordnung zu bringen“.

Nicht kontrolliert?

„AvW hat sich offensichtlich nicht an die Verfahrensordnung der FMA gehalten, wur-

de anscheinend auch nicht von der FMA kontrolliert und hat seine Geschäfte sogar intensiviert“, sagt AvW-Anlegeranwalt Erich Holzinger, der rund tausend AvW-Geschädigte im Auftrag der österreichischen Rechtsschutzversicherungen vertritt.

Denn: Ende November 2008 hat die FMA die AvW Gruppe AG und AvW Invest AG erneut zu einer Rechtfertigung wegen des Verdachts unerlaubter Bankgeschäfte (von

Jänner 2007 bis Oktober 2008) aufgefordert. Wie der Straftakt belegt, hat die AvW Gruppe AG in den Jahren 2007 und 2008 ein Vielfaches an Aktien deals durchgeführt. Alleine Gutachter Kleiner hat im Jahr 2008 exakt 938 Deals mit 13,64 Millionen Aktien erfasst.

Für Anlegeranwalt Erich Holzinger wird die Frage, warum die FMA diese Geschäfte nicht (früher) untersagt hat, in einem Amtshaftungsverfahren gegen die Republik zu klären

sein. So stellen die Richter des Verwaltungsgerichtshofs in ihrem Urteil auf Seite 17 klar: „Durch den vom Beschwerdeführer (Wolfgang Auer-Welsbach) zu verantwortenden Betrieb von Bankgeschäften ohne Konzession sei das öffentliche Interesse an der Funktionsfähigkeit des Bankwesens und der Stabilität des Finanzmarktes erheblich beeinträchtigt worden.“

KID MÖCHEL

kid.moechel@wirtschaftsblatt.at